

Basler Museen fürchten den «Klassenkampf»

Bürokratiefalle Staatlichen Museen droht ein neues Finanzierungsmodell für Schulklassenbesuche. Künftig sollen sie für diese entschädigt werden. Kulturinstitutionen rechnen mit mehr Aufwand – und wehren sich.

Gut gemeint, schwierig umzusetzen: Zwei magere Zeilen im überarbeiteten Basler Museums-gesetz machen Kanton und Museen zu schaffen. «Schulklas-senbesuche, Führungen und andere Vermittlungsangebote im Zusammenhang mit Schulklas-senbesuchen aus dem Kanton Basel-Stadt werden den Museen vergütet», besagt ein neuer Para-graf im Gesetz.

Was erst einmal positiv klingt, bringt für Museen möglicher-weise einen erheblichen Zusatzaufwand mit sich. Der Regie-rungsrat will vermehrt vom Glo-balbudget wegkommen und die Besuche von Schulklassen künf-tig separat abrechnen. Die Idee kommt bei den Kulturinstitutio-nen nicht sonderlich gut an.

Wie Unterlagen aus der zu-ständigen Bildungs- und Kultur-kommission des Grossen Rates

(BKK) zeigen, rechnen sowohl das Kunstmuseum als auch das Naturhistorische Museum mit einem erheblichen «administra-tiven Zusatzaufwand». Und das ist nicht alles. «Die geänderte Handhabung führt bei der Mu-seumsleitung zur Befürchtung, dass sich eine Konkurrenzsitua-tion zwischen den staatlichen Museen ergeben könnte», heisst

Das Kunstmuseum und auch das Naturhistorische Museum rechnen mit erheblichem «administrativem Zusatzaufwand».

es im kürzlich veröffentlichten Bericht weiter.

Karen Gerig, Sprecherin beim Kunstmuseum Basel, erklärt, im Rahmen der Budgetierung für das Jahr 2024 sei angedacht worden, das jeweilige Globalbudget der staatlichen Museen um die Leistung für Schulklassenbesu-che zu reduzieren. Über die Ver-rechnung der Schulklassenbesu-che sollte der fehlende Anteil des Globalbudgets wieder ausgegli-chen werden können.

Das heisst konkret: Schulklas-senbesuche müssten dem Erzie-hungsdepartement (ED) jeweils extra in Rechnung gestellt wer-den, damit dieses den Aufwand rückvergütet.

«Für die Verwaltung der Mu-seen und das ED wäre dies nicht nur ein zusätzlicher Aufwand, er führt auch nicht zwangsweise zu dem angestrebten Ausgleich des

Globalbudgets», sagt Gerig. Für das Kunstmuseum Basel, das pro Jahr rund 1000 Schulklassen be-suchen, wäre der Mehraufwand bedeutend.

Überarbeitung erwirkt

Gleichzeitig würde die Regelung wohl dafür sorgen, dass Museen vermehrt um Schulklassen bu-hlen, um nicht mit weniger Geld auskommen zu müssen. «Damit könnte eine Konkurrenzsituation unter den staatlichen Museen entstehen, wenn die jeweiligen Museen im Bereich der Vermitt-lung aus finanziellen Gründen einen möglichst hohen Anteil an Schulklassen generieren möch-ten», sagt Gerig.

Mit ihrer Kritik haben die Mu-seen offenbar eine Überarbeitung erwirkt. Mehrere Quellen sagen der BaZ, der Regierungsrat wolle tatsächlich noch einmal über die

Bücher gehen. Der Kanton will sich auf Anfrage nicht zum The-ma äussern. Das Präsidialdepar-tement erarbeitet gegenwärtig die Verordnung zum Museumsge-setz, die noch vor Mitte 2024 ver-abschiedet werden soll.

Der Grosse Rat hatte bereits im April 2021 ein Finanzierungs-modell für Schulklassenbesuche gefordert. Letztere bedeuteten für die Museen «einen nicht zu unterschätzenden Aufwand», schrieb damals die BKK. Bei finanziellen Engpässen hätten einzelne Museen deswegen auch schon über eine Begrenzung des Angebots für die Schulen nach-gedacht. Genau das wollen Re-gierung und Grosser Rat aber verhindern. Über die konkrete Umsetzung dürfte derweil noch gestritten werden.

Mélanie Honegger